

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Das Frühjahr naht, die Vorarbeiten zur Werbearbeit sind zu treffen!

Vor neuen Kämpfen.

Die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage als eine Zeit, die zur Gesundung und Erholung, für sich auszuweisen, ist das organisierte Großunternehmertum auf der einen Seite bestrebt. Es rüstet zum Kampf gegen die Arbeiterparteien, eine Periode größerer sozialer Kämpfe steht bevor oder hat bereits begonnen.

Da heißt es für die gesamte Hand- und Kopfarbeiterklasse auf dem Posten zu sein. Gilt es doch, eine gesunde Entwicklung zu korrigieren, eine Entwicklung, die auf der einen Seite eine Massenarbeitslosigkeit in Dauerzustand zu erklären scheint, und auf der anderen Seite den Unternehmungen ausreichende Verträge, ja teilweise Riesengewinne in den Schoß wirft. „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2, betrug die Zahl der Arbeitsuchenden bei den Arbeitsnachweisen im Dezember 1926 rund 2,4 Millionen. Diese Ziffer wird nicht geringer, sondern eher höher geworden sein; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist jetzt als im Dezember vorigen Jahres. Es ist also gegenwärtig eine Arbeitslosenziffer von rund 2,5 Millionen festzustellen. Dazu treten die Kurzarbeiter. Ende Januar 1927 arbeiteten nach der Statistik der Gewerkschaften 6,8 % der Arbeiter verkürzt. Rechnet man diese Arbeit in reine Arbeitslosigkeit um, dann kommt man zu einem weiteren Verlauf von 400 000 Arbeitskräften. Der gesamte Verlauf der deutschen Wirtschaft wird also durch 3 Millionen Arbeitskräfte betragen. Wie amtlich festgestellt wurde, entfallen auf jeden Erwerbstätigen im Durchschnitt 1,1 Familienmitglieder. Die Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen beträgt mithin rund 2,5 Millionen Personen. Ein Schicksal der gesamten deutschen Bevölkerung muß durch staatliche oder private Mittel abgehalten werden!

Wirklich ein erschreckender Zustand!
Nun die Rehrseite der Medaille! Die Güterproduktion Deutschlands heute wenig geringer als in den letzten Kriegsjahren, teilweise geht sie weit darüber hinaus. Rationalisierung hat — wirtschaftlich gesehen — zu den Ergebnissen geführt. In der Schwerindustrie ist dies besonders deutlich. Betrug doch allein in der Stahlproduktion die Erhöhung der Tagesleistung je Arbeiter vom Herbst 1925 zum Herbst 1926 nicht weniger als 44 %. Auch die Leichtindustrie berichtet über ähnliche Ergebnisse, wie die Monatsberichte der elektrotechnischen Kongerne der AEG, Siemens & Halske beweisen. Nicht geringe Gewinne in der Industrie sind zweifellos vorhanden. Sie kommen aber in der Ausschüttung hoher Dividenden zum Ausdruck. Dafür schwellen aber die Bankguthaben an. Hohe Erwerbungen und Reservebestellungen sind an der Tagesordnung. Die ungeheuren flüssigen Mittel der Banken und Börsenbewegung ist der Ausfluß der Gewinne der deutschen Privatwirtschaft. Ist doch die Hochschwung unmittelbar auf starke Käufe von industrieller Seite zurückzuführen. Als Ganzes kann festgestellt werden, daß heute bereits mit namhaften Ueberproduktionen gearbeitet wird.

Die Arbeiter und Angestellten müssen sich beeilen, wenn sie nicht zu kurz kommen. Deshalb geht jetzt eine Reihe der Lohnkämpfe von ziemlicher Festigkeit über das Land. In Nr. 21 des „Deutschen Volkswirt“ finden wir die Zusammenstellung von bedeutenden Lohnstarben, die abgelehnt oder gekündigt sind, oder in den nächsten Wochen angekündigt werden. Die Zusammenstellung ergibt folgendes Bild:

Industriezweig	Ortsbereich des Tarifs	Arbeiter
Gütereindustrie	Nordwestliche Gruppe	215 000
Kohlenbergbau	Oberschlesisches Gebiet	50 000
Metallindustrie	Bergisch-Märkisches Gebiet, Frankfurt, Mannheim, Bayern	120 000
Chemische Industrie	Rheinland, Frankfurt, Mannheim, Württemberg	120 000
Textilindustrie	Schlesien und andere Bezirke	100 000
Feinere Industrie	Reich	65 000
Buchdruckereien	Reich	160 000
Reichsbahn	Betriebs- und Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeiter	314 000

Große Arbeitermassen sind es, die ihre Wehransprüche durch die Gewerkschaften anmelden lassen. Dabei bilden wir uns natürlich nicht ein, durch diese Zusammenstellung ein vollständiges Bild gegeben zu haben. Aber die Festigkeit der Bewegung ist an obigen Angaben ohne weiteres erkennbar.

Wenn die deutschen Unternehmer auf das Prädikat „Wirtschaftsführer“ Anspruch erheben, müßten sie in der Lage sein, volkswirtschaftliche Notwendigkeiten klar zu erkennen. Die rasche Stärkung des Innenmarktes ist eine solche Notwendigkeit. Zwar erkennen einzelne Unternehmerorgane dies theoretisch an. Aber damit meinen sie meistens die Stärkung der Landwirtschaft, womit dann in der Regel eine Anerkennung der landwirtschaftlichen Schutzzölle verbunden ist. Selten hört man etwas von der ungeheuren Wirkung, die eine Kaufkraftsteigerung der breiten Massen unmittelbar im Gefolge hätte. Doch in stiller Stunde erkennen selbst ausgesprochene Scharfmacherorgane die Unterkonsumtion der deutschen Bevölkerung an, wie zum Beispiel die Deutsche Bergwerks-Zeitung in ihrer Nummer vom 20. Februar: „Man spricht immer von Ueberbevölkerung und Ueberproduktion. Es ist nicht wahr, daß wir in Deutschland zuviel Menschen und zuviel Güter hätten. — In Wirklichkeit hat Deutschland noch hinreichend Raum und auch hinreichende Lebensmöglichkeit für weitere 20 Millionen, wenn wir uns nur richtig organisierten und einrichteten. — Das aber, was wir Ueberproduktion nennen, ist doch nichts weiter als Unterkonsumtion; denn wenn alle Deutschen kaufen und verbrauchen könnten, was sie, um menschenwürdig zu leben, kaufen und verbrauchen müßten, dann wäre die Ueberproduktion mit einem Schlag verschwunden und an deren Stelle wäre Mangel an Waren und stürmische Nachfrage nach Waren getreten. Dann wäre der innere Markt belebt, dann wäre die wirkliche, solide und dauernde Blüte unserer Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe da.“ — Ganz unsere Meinung. Nur meint das Blatt dies im Zusammenhang mit der Schaffung einer Diktatur zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Und da trennen sich unsere Gedanken wieder.

Warnungszeichen sind im Lande allenthalben sichtbar. Es geht um mehr Licht und Sonne, mehr Brot und größere Lebensmöglichkeiten. Es wird von der Einsicht der Unternehmer abhängen, ob diese Bewegungen ohne lange Arbeitseinstellungen geführt werden können. Der staatliche Schlichtungsapparat hat keine Fähigkeiten, Konflikte beizulegen, zu beweisen. Und die Arbeiter haben zu beweisen, daß auch sie den Wert der Organisation erkannt haben, die ihr einziger Rückhalt im Kampfe ist, und darum geschlossen einzutreten in ihren Verband.

Monopolwirtschaft und Gewerkschaften.

Die Entwicklung der Unternehmungsformen der deutschen Wirtschaft wurde vor einigen Tagen blitzartig beleuchtet durch zwei Dokumente: durch die vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag vor-

gelegte Denkschrift „Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926“ und die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Kartell- und Monopolfrage. Beide sind zwar unabhängig voneinander, dennoch besteht zwischen ihnen der engste Zusammenhang. Die in der Denkschrift festgestellte Entwicklungsstufe der deutschen Wirtschaft, wie sie sich als Resultat der Umformung der letzten Jahrzehnte zeigt, baut sich zu einem großen Teil die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände auf. Ingesamt werden hier Probleme von großer Bedeutung berührt. Eine zusammenfassende Betrachtung soll nachstehend versucht werden.

Die der kapitalistischen Wirtschaft innewohnende Neigung zur Zusammenballung hat in Deutschland zur Bildung von Großunternehmungen geführt. Im und nach dem Kriege nahm das Tempo dieser Entwicklung an Schnelligkeit immer mehr zu. Sowohl die Währungszerstörung als die Währungsfestigung trugen zur Förderung dieser Entwicklung bei. Die seit einigen Jahren im Zuge befindliche Rationalisierungsperiode hat noch ein übriges. Der Reichstag hatte den Wunsch, sich über das Ausmaß der Konzentration zu informieren, was einen entsprechenden Antrag zur Folge hatte. Die Denkschrift ist das Ergebnis dieses Antrages.

Sie bestätigt die Wahnehmung, die man in den letzten Jahren allenthalben machen konnte: die deutsche Wirtschaft hat sich gründlich geändert. Das, was Karl Marx nur leise zu ahnen vermochte, da er zu seinen Untersuchungen nur die englische Wirtschaft der sechziger Jahre vor sich hatte, ist in Deutschland mehr als Wirklichkeit geworden. Ueber die verschiedenen Formen der Zusammenballung braucht hier wenig gesagt zu werden. Die Inflation mit ihrem Hunger nach Sachwerten förderte die vertikale Konzentration. Diese wurde später durch die horizontale Zusammenfassung gleichartiger Unternehmungen abgelöst. In der Denkschrift werden in der Hauptsache Aktiengesellschaften erfasst, wodurch die Arbeit an Vollständigkeit verliert. Dennoch kann sie als Spiegelbild gelten. Ueber die Höhe des Aktienkapitals deutscher Gesellschaften in den erfaßten Konzernern ergeben die Schlussziffern insgesamt folgendes Bild:

Gewerbegruppe	Bestand der Aktiengesellschaften am 31. Okt. 1926		Davon in Konzernern Ende 1926		Anteil des Aktienkapitals der Konzerngesellschaften an dem gesamten Aktienkapital
	Anzahl	Nominalkapital in Millionen Mark	Anzahl	Nominalkapital in Millionen Mark	
Gewerbegruppe insgef.	12 392	20 354	1967	18 242	65,1
Davon:					
Industrie u. Grundstoffe	1 120	5 433	299	4 808	88,6
Verarbeitend. Industrie	6 290	9 839	962	5 563	56,5
Handel und Verkehr	4 584	4 789	671	2 787	58,2

Mehr als 90 v. H. des Aktienkapitals sind im Zusammenhang mit Konzernen erfasst bei den Gruppen: Bergbau, mit Bergbau verbundene Industrie und Farbenindustrie. Innerhalb der Gruppe Bergbau beträgt der Prozentfuß bei der Metallindustrie 98 v. H., bei der Braunkohlenindustrie 95 v. H., bei der Steinkohlenindustrie 90 v. H. Diese Zahlen aber geben keinen genügenden Anhalt für die Bedeutung der Konzerne, da in diesen Industrien ein erheblicher Teil des Kapitals die Rechtsform der Gewerkschaften hat. Mehr als 75 v. H. des Kapitals finden wir in den Konzernen außer bei den erwähnten noch bei folgenden Gruppen: Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Industrie, Eisen- und Metallgewinnung insgesamt, Großeisenindustrie, elektrotechnische Industrie, chemische Industrie insgesamt, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung, Finanzierungs-gesellschaften, Versicherungswesen und Schiffahrt, mehr als 50 v. H. außerdem bei den Gruppen: Handel insgesamt, Banken, Verkehrswesen, Theater- und Sportgewerbe (darunter Filmindustrie). In allen andern Gruppen ist weniger als die Hälfte des Aktienkapitals in Konzernen.

Die deutsche Wirtschaft wird demnach zum großen Teil vom Gruppenkapital beherrscht. Allerdings findet in der Klein- und Mittelindustrie noch ein wesentlicher, vielleicht der größte Teil der deutschen Arbeiterschaft Beschäftigung. Aber nach Lage der Verhältnisse liegt der Schwerpunkt an politischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Macht in den Händen der Großunternehmungen und der Konzerne.

4. Eine Doppelfirma zählt wie eine Einzelfirma.
 5. Es dürfen nur noch Lehrlinge eingestellt werden, die Besitze des Vollzeits der Volksschule sind.
 Der Obermeister tag stand offenbar auf dem Standpunkt, von den Gehilfenverbänden in Lehrlingsfragen nicht hindern zu lassen. Wenn auch die beschlossenen Richtlinien fern Wünschen nicht entsprechen, so bedeuten sie doch einen Schritt vorwärts auf dem Wege, der gegangen werden soll. Wir erwarten, daß die in Frage kommenden Handwerkskammern den aufgestellten Richtlinien ihre Zustimmung nicht verweigern. Geschieht dieses, werden wir mit Übermut erwarten, daß die Richtlinien nicht nur auf dem Papier zu bleiben.

Aus diesem Vorgang ist für jeden Kollegen ersichtlich, berechtigt und notwendig der Kampf um die berufliche wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter ist. Noch keine gesetzliche Beeinflussung auf die Lehrlingsfrage geräumt. Was die Gesellenausschüsse bei den Innungen dieser Frage zu leisten in der Lage sind, ist hinlänglich bekannt. Nur der geschlossene Kampf der gesamten Arbeiter die berufliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung, wie in der Verfassung vorgesehen ist, kann uns hier vorwärts bringen. Dieser Kampf wird am besten dadurch geführt, daß der letzte Berufskollege dem Verbande geführt wird.

Aus unserm Beruf

Mürnberg. Es liegt durchaus auf dem Wege unserer beruflichen Bildungsbestrebungen, wenn wir uns hier mit engeren Berufsangelegenheiten ab und zu auch mal mit Fragen des öffentlichen Rechts oder mit den Vorgängen im allgemeinen Wirtschaftsleben beschäftigen. Förderung dieser Aufgaben hielt unser Bezirksleiterlege W a h in einer Mitgliederversammlung am 28. Januar einen gutdurchdachten Vortrag über „Wandlungen der Wirtschaft und im wirtschaftlichen Leben“. Er legte dar, wie das gegenseitige Nebeneinander, eine hemmungslose Kolonialpolitik, das Rüstungsüberfluß aller Nationen usw., kurz alles, was wir mit Imperialismus bezeichnen, zu dem furchtbaren Weltkrieg führt hat. Was in den 4 Jahren an Gütern zerstört wurde, konnte in den 8 Jahren nach dem Krieg nur zum geringsten Teil wieder aufgebaut werden. Aber unser Leben so blühendes Wirtschaftsleben in Mitteleuropa ist für lange Zeit vollständig vernichtet. Viele Völker, die über als Abnehmer unserer Fertigprodukte zu unseren besten Kunden gehörten, haben sich eine eigene, mit allen Annehmlichkeiten der Neuzeit ausgestattete Industrie geschaffen. Es bedeutet für Europa weniger Absatzmöglichkeiten und Folge ist eine Wirtschaftskrise von so ungeheuren Dimensionen, wie man sie früher gar nicht für möglich gehalten hätte. Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft ist nach Amerika verlegt. Dort hat man rechtzeitig erkannt, daß der Arbeiter, als Produzent zugleich Konsument ist, dessen Kaufkraft von der Höhe seines Einkommens bestimmt wird. Man hat in Erkenntnis dieser Tatsache den Arbeitern in Amerika angemessene Löhne zugebilligt und sich durch eine wirtschaftliche Prosperität von langer Dauer sichert. In Europa und besonders in Deutschland glaubt sich der Unternehmer der Schwierigkeiten durch Mehrproduktion auf Kosten der Arbeiterschaft — Verringerung der Arbeitszeit und Lohnabbau — Herr werden können. Man scheint zur Erreichung dieses Zieles selbst die schärfsten Mittel nicht zurück zu lassen. In letzter Zeit haben die „Wertgemeinschaften“ mit besonderer Liebe gehandelt. Die Industrie gibt Werkzeitleistungen heraus, errichtet Bibliotheken und Schulen, um die Arbeitermassen ihre gelben Wertvereine einzufangen, und was den Herren noch wichtiger sein dürfte, sie von dem Eintritt in die Gewerkschaften und damit von der Wahrung der eigenen Interessen zurückzuhalten. Der Streit um die

Seele des Arbeiters darf trotz aller Bemühungen um den Nachwuchs nicht zugunsten des Unternehmertums entschieden werden. Wir wissen, daß es einen harten Kampf kosten wird. Aber die Gewerkschaften werden es allen Gewalten zum Trotz durchsetzen, daß der Arbeiter in den Betrieben ein ihrer Bedeutung entsprechender Einfluß eingeräumt wird. — Nach Behandlung einiger Tarifverletzungen (Firma Vogel wegen Vorenthaltung der tariflichen Nebenstundenzuschläge, Firma Ober & Partner wegen einer Restlohnschuld beim Streichen von Leitungsmasten und der Firma Gemeinhard wegen ungerechtfertigter Kürzung des Lohnes für einen kriegsbeschädigten Kollegen), die eine treffliche Illustration zu dem von den Unternehmern der Industrie so lebhaft propagierten Gedanken der Wertgemeinschaft ergaben, fand die lehrreiche Versammlung ihren Abschluß.

Arbeitsgelegenheit zu schaffen in der Zeit der Wintermonate ist eins der Probleme, mit denen sich unser Verbandsvorstand seit Jahren beschäftigt. Notwendig ist vor allem dabei auch, gemeinsam mit den Arbeitgebern die Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden auf unsere Bestrebungen aufmerksam zu machen und durch persönliche Rücksprachen Aufklärungen zu geben. Wie jetzt das Reichsverkehrsministerium mitteilt, sind der Reichsbund des Deutschen Maler- und Lackierhandwerks und der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weisbinder Deutschlands vorstellig geworden, zur Milderung der gegenwärtigen besonderen Notlage des Malerhandwerks durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit beizutragen. Aus diesem Anlaß hat der Reichsverkehrsminister die Reichswasserstraßenbehörden angewiesen, die in ihrem Verwaltungsbereich gelegenen, der Verbesserung durch Mitterungseinsätze ausgefegten Gegenstände und Bauwerke einer Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob durch Neuanstrich einer weiteren Verbesserung zweckmäßig vorgebeugt werden kann. Das Ergebnis der Prüfung soll bei Anforderung und Verteilung der Unterhaltungsmittel entsprechend berücksichtigt werden.

Berufsunfälle

Ein folgenschwerer Haussturz in Frankfurt a. M. Am Montag, 21. Februar, kurz nach der Mittagspause, stürzte das im Umbau befindliche Gebäude in der Mainzerlandstraße 155 ein. Aus den Trümmern wurden von der Feuerwehr 4 Tote und 7 Schwerverletzte geborgen, 4 Arbeiter waren leicht verletzt. Die 4 Toten sind dadurch ums Leben gekommen, daß sie, als sie im Erdgeschoß, wo sie gerade arbeiteten, den Krach hörten, hinausgesprungen sind. In diesem Augenblick stürzte die Giebelmauer ein, die die Unglücklichen unter sich begrub. Unter den Toten befindet sich auch unser Kollege, der Weisbinder Philipp Solf aus Frankfurt a. M. Sämtliche Toten und fast alle Schwerverletzten standen in dem Baudekorationsgeschäft Schmitt & Sohn in Arbeit. — Die Ursache des Bausturzes ist noch nicht festgestellt. Man wird auch noch einige Zeit gebrauchen, bis eine gründliche Untersuchung und Nachprüfung der Konstruktionen und der Materialien erfolgt ist. Fest steht aber, daß die Inangriffnahme des Baues erfolgt ist, bevor die Baupolizei die Genehmigung dazu erteilt hatte und die Arbeiten trotz ergangenen Bauverbotes fortgeführt wurden.

Reti. Durch einen Fehltritt verunglückte auf dem Weinstadthof Mel-Gaarden am 18. Februar beim Heruntersteigen vom Trittbrett eines Personewagens der bei dem Malermeister M. Kühl mit Anstreichen von Personewagen beschäftigte Kollege Heinrich Jarr. Infolge der Verletzung — Verstauchung des linken Fußes und Mutterguß in demselben — ist der Kollege arbeitsunfähig.

Vom 27. Februar bis 5. März ist die 9. Beitragswoche.

schäftigten im Jahre 1926 betrug 364 Personen gegenüber 172 im Jahre 1925 und 130 im Jahre 1924. An kaufmännischem und technischem Personal wurden ein Geschäftsführer, ein Prokurist und 5 Angestellte beschäftigt. Im Dezember 1926 wurde ein stellvertretender Geschäftsführer angestellt.

Der Aufschwung des Betriebes, der schon aus der Vergrößerung des Bureau- und Lagerpersonals sowie in der Vergrößerung des Wagenparks zum Ausdruck kommt, machte größere und übersichtlichere Geschäftsräume notwendig, die durch den Kauf eines Grundstückes in der Landsberger Allee 38/39 beschafft wurden. Durch Umbau wurden hier musterquellige Bureau-, Arbeits- und Lagerräume gewonnen, von denen wir nur den in seiner Uebersichtlichkeit und leichten Zugänglichkeit musterhaft angelegten Farbenlagerraum und die Farbenmühlanlage für Buntdruckerfarben besonders erwähnen wollen. Die Malerhütte Berlin, die schon längst zu den größten und leistungsfähigsten Malerbetrieben Berlins gehört, ist durch dieses Betriebsgebäude in der Lage, auch die größten an einen Malerbetrieb gestellten Anforderungen zu erfüllen. Im Frühjahr dieses Jahres wird in dem Betriebsgebäude auch noch eine moderne Autolackiererei eingerichtet. Zum Verkehr mit der Kundschaft und zur Kontrolle der Arbeitsstellen stehen 2 Personewagen und 1 Motorrad zur Verfügung. Zur Belieferung der Arbeitsstellen außerdem ein Zweiradkennschleppwagen und ein Dreiwirbeltonnenlieferwagen. Es ist durch diesen Wagenpark allen Erfordernissen einer schnellen Kontrolle und einer schnellen Belieferung der Arbeitsstellen Rechnung getragen.

Für die Arbeiter bietet der Betrieb an sozialen Einrichtungen gegenüber den Privatunternehmungen manche Vorteile. Für jeden Angestellten, Arbeiter und Lehrling werden Nagelbürste, Handtuch und Seife, nach sechsmonatiger Beschäftigung ein Urlaub von 3 Tagen, steigend bis zu 8 Arbeitstagen, gewährt. Außerdem wird den Gehilfen für tüchtige Arbeit ein Lohnzuschlag von 5 bis 10 % je Stunde gezahlt. Die Angestellten erhalten Urlaub und Gehalt nach dem Tarif für das Hochbaugewerbe. Die Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung, Betriebsvorstand und Belegschaft war immer von bestem Geiste getragen.

Baugewerbliches

„Soziale Bauwirtschaft“, die vielseitig ausgestaltete Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, monatlich zwei Hefte, Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 S — Berlin S. 14 —, sollte in jeder Filiale und Bahnhalle vorhanden sein. „Unsere Wirtschaftsführer macht uns kein Land der Erde nach“ könnte das Motto für den Verlaufsfall der eben erschienenen Nummer 4 sein, in dem von Walthar Flor in sachlicher Weise die grenzenlose Torheit der Entschlebung der Wirtschaftsverbände zum Bau- und Wohnungswesen nachgewiesen wird, deren Befolgung die Stilllegung der gesamten Wohnungsbautätigkeit und damit eines erheblichen Teiles der Gesamtwirtschaft zur Folge haben würde. Weitere kurze, auch unsere Mitglieder interessierende Beiträge behandeln die Wismar-Beton-Plattenbauweise des Frankfurter Stadtkaurats May, die technische Möglichkeit, Maurerarbeiten auch bei Frost auszuführen, die Erhöhung der Beleihungsgrenze für erstklassige Hypotheken und die neu gegründete Deutsche evangelische Heimstätten-Gesellschaft, deren Bausparsystem von den Fachleuten lebhaft beanstandet wird. Die Zahl der im Dezember 1926 in den sozialen Baubetrieben Beschäftigten betrug 15 233 gegen 10 492 im gleichen Monat des Jahres 1925. Auch die Jahresdurchschnittsziffer der Beschäftigten ist erheblich gestiegen; während sie für 1925 16 800 betrug, ist sie im Jahre 1926 auf 16 800 gestiegen. Diese Zahlen zeigen den weiteren erfreulichen Fortschritt der Bauhüttenbewegung.

Gewerkschaftliches

Ein Preiswettbewerb veranstaltet die „Holzarbeiter-Jugend“ unter ihren jugendlichen Verbandsmitgliedern. Es soll ein Aufsatz über das Thema „Wie ich mir meine Zukunft vorstelle“ geschrieben werden. Für die besten Arbeiten sind 100 Preise ausgesetzt worden. Der erste Preisträger kann eine Reise nach Berlin unternehmen. Er wird den zweitägigen Aufenthalt in Berlin benutzen können, um die große Ausstellung „Das junge Deutschland“ und die Sehenwürdigkeiten von Berlin und Umgebung anzusehen. Die übrigen Preisträger erhalten wertvolle Fachliteratur. Alle Einreichungen müssen spätestens am 1. April 1927 in den Händen der Schriftleitung der „Holzarbeiter-Jugend“ in Berlin S. 16, Am Köllnischen Park 2, sein. Die älteren Mitglieder werden ersucht, die jugendlichen Verbandsmitglieder auf das Preiswettbewerb aufmerksam zu machen und sie zur Beteiligung aufzufordern.

Keine Ueberstunden für Lehrlinge. Auf eine kleine Anfrage sozialdemokratischer Abgeordneter, in welcher auf die starke Zunahme der Ueberstundenarbeit männlicher und weiblicher Lehrlinge in den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks hingewiesen wird, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe eine Antwort gegeben, die durch den Antlichen Pressedienst verbreitet wird. Hiernach hat der Minister wiederholt, zuletzt durch den Rundschreiben vom 11. Dezember 1926, die nachgeordneten Behörden angewiesen, für genaue Durchführung der Arbeitschutzvorschriften und Vermeidung entbehrlicher Ueberarbeit in allen gewerblichen Betrieben, also auch in den Klein- und Mittelbetrieben des Handwerks, Sorge zu tragen. — Also, auf dem Posten sein!

Der entlarvte Wohlthäter. Der Entschluß des amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford, in seinen Betrieben nur noch 5 Tage in der Woche arbeiten zu lassen und den Lohn beizubehalten, wie er bisher für 6 Tage gezahlt wurde, hat fast allgemein großes Aufsehen erregt. Auch eine Anzahl von Gewerkschaftszeitungen sind auf die geschickte Reklame des geschäftstüchtigen Dankes herein gefallen und haben ihm ihre Anerkennung für die vorbildliche Durchorganisation seiner zahlreichen Betriebe gezollt, die bezügliche soziale Fortschritte gestatte. Wie nun aus einer jüngst erschienenen Nummer des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Milwaukee herborgeht, dient diese tatsächlich durchgeführte Neuerung jedoch keineswegs den Interessen der Arbeiterschaft. Bei Einführung der Fünftagewoche hieß es — so schreibt das amerikanische Blatt —, die Löhne würden die gleichen sein wie für die Sechstagewoche. Bisher ist dieses Versprechen nur einem kleinen Teil der Arbeiter gegenüber gehalten worden. Dagegen müssen die Arbeiter in 5 Tagen ebensoviel leisten wie bisher in sechs. Arbeiter, die sich dem neuen Arbeitstempo nicht in vollem Maße anpassen konnten, wurden plötzlich ohne jede Warnung oder Kündigung entlassen, darunter viele, die schon 15 Jahre in den Fordfabriken beschäftigt waren. So haben ganze Gruppen von je 200 Arbeitern ihre Stellen verloren. Die Neuerung Fords besteht demnach in: Wirklichkeit darin, daß er Unkosten wie Feuerung, Dampf, Heizung, Elektrizität und viele andere Ausgaben erspart und dabei die gleiche Arbeitsleistung erhält wie früher. Nur auf diese Weise hofft Ford, sich im Kampf gegen seine Konkurrenten, die seinen Vorprung bereits weitgehend eingeholt haben, behaupten zu können. Diese Absicht wird aber als Raub an Gesundheit und Leben der Arbeiter bezeichnet. Der Vorgang zeigt uns aber, daß mit der Nationalisierung hier eine Grenze erreicht ist, die vorläufig nicht mehr überschritten werden kann. In diesem Stadium muß der Kapitalismus sich darauf vorbereiten, eine Zeitlang von der eigenen Materie zu zehren. Lechten Endes wird aber die Entwicklung auch darüber hinweggehen und wird dem Sozialismus als einer höheren Gesellschaftsform den Weg bereiten.

Aus der Betriebsratspraxis

Was soll der Betriebsrat? Seit einem halben Duzend von Jahren besteht nun die Einrichtung der Betriebsräte. Abgesehen von den ersten Irrungen und Wirrungen (Verteilung von Speck, Lebensmitteln usw.) haben sich unsere Kollegen in ihre Aufgaben eingearbeitet. Wir stehen aber immer noch am Anfang. Wenn auch mancher Betriebsrat selbst genau weiß, wozu er berufen ist, so muß doch fast

ist. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Malerei-Gesellschaft große soziale Aufwendungen für die Belegschaft hat. Es sind dies: Höhere Löhne, als tariflich vorgeesehen, Lieferung von Arbeitskleidern, Kleideraufbewahrungsfächer, auf den Bauplätzen von den Gehilfen benutzt werden können, Ferien über die tariflich festgesetzte Dauer; außerdem die Malerei-Gesellschaft eine ganze Zahl eigener Baubetriebe, die jeweils an Neubauten nur für die Kleiderablage nimmt sind.

So steht ein Wert vor uns, als Sinnbild der Einigkeit, die sich aus eigener Kraft durch die Solidarität aller Mitarbeiter unter zielbewusster Leitung emporgearbeitet hat zum Nutzen der Arbeiterschaft und des Gewerbes. Möge es weiter leben und gedeihen, wie wir auch wünschen, daß andere soziale Bau- und Materbetriebe das gleiche anstreben möchten.

II.

Malerhütte Berlin.

Die Malerhütte Berlin, soziale Gesellschaft m. b. H., die Nachfolgerin der 1912 gegründeten Malereigenossenschaft e. G. m. b. H. Die Umwandlung wurde am 16. Mai 1926 vollzogen. Die 2 Jahre des Bestehens vor dem Kriege hatten dem Betrieb eine günstige Entwicklung, so daß bei Ausbruch des Krieges bereits 82 Personen beschäftigt werden konnten. Wie allen Handwerksbetrieben, die nichts mit Kriegslieferungen zu tun hatten, brachte der Krieg auch der Malerhütte einen großen Rückschlag, jedoch konnte der Betrieb während der ganzen Kriegszeit aufrechterhalten werden.

In den Jahren 1919 bis 1922 steigerte sich die Ziffer der durchschnittlich Beschäftigten langsam auf 48, um in den Jahren 1923 auf 60, 1924 auf 70, 1925 auf 114 und 1926 auf 212 zu steigen. Im Jahre 1925 wurden von der Malerhütte 33 308 Tagewerke geleistet. Der Umsatz betrug 8 000 M. gegen 289 000 M. im Jahre 1924. Von dem Umsatz entfiel auf öffentlich-rechtliche Körperschaften 1 000 M., gleich 16 %, auf gemeinnützige Gesellschaften, Gewerkschaften usw. 340 000 M., gleich 59 %, auf Private 6 000 M., gleich 25 %. In das Geschäftsjahr 1926 wurde der Auftragsbestand von 230 000 M. übernommen. Die Aufträge konnten im besten Einvernehmen mit den Auftraggebern abgewickelt werden. Die Höchstzahl der Be-

